2008/23 Inland

https://www.jungle.world/artikel/2008/23/500-000-000

500 000 000

Von **rainer schmitt**

<none>

Zahlen, Feststellungen, Erklärungen, Lobeshymnen; all das gab es auf der Bonner Artenschutzkonferenz zu Genüge. Die konkreten Ergebnisse hingegen waren dürftig. Zumindest bewerten die großen deutschen Umweltverbände WWF, Nabu und BUND die vorigen Freitag nach elf Tagen beendete Konferenz nicht als den Erfolg, den die teilnehmenden 5 000 »Experten« aus 191 Staaten sehen. »Bereits vor vier Jahren hatte die Staatengemeinschaft beschlossen, mehr Schutzgebiete einzurichten und dafür ausreichend Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Außer Deutschland und Norwegen hat sich hierbei bis heute kein einziger der reichen Industriestaaten beteiligt«, kritisierte Nabu-Präsident Olaf Tschimpke.
Der Finanzexperte Pavan Sukhdev errechnete, dass der Verlust der Wälder bis zum Jahr 2050 zu globalen wirtschaftlichen Schäden führen und zwei Billionen Euro kosten könnte. Bundeskanzlerin Angela Merkel machte mit ihrem Versprechen, die Regierung werde innerhalb der nächsten vier Jahre zusätzlich zu den bisherigen 210 Millionen Euro weitere 500 Millionen Euro für den internationalen Wald- und Artenschutz zur Verfügung stellen, von sich reden. Ab 2013 sollen jährlich insgesamt 500 Millionen Euro für diesen Zweck aufgebracht werden. Verbindlich ist diese Zusage allerdings nicht, es sei denn, Merkel kann sich selbst unter Artenschutz stellen, damit garantiert wäre, dass sie auch nach 2013 noch Kanzlerin ist. Vielleicht mag dieses finanzielle Versprechen Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) dazu bewogen haben, von einem »Durchbruch« zu sprechen. »In Bonn hat sich die Weltgemeinschaft auf den Weg gemacht, den anhaltenden Raubbau an der Natur zu stoppen.« Der »Durchbruch« bestand vornehmlich in der Ausarbeitung des »Bonner Mandats«, auf dessen Grundlage bis zum Jahr 2010 ein Abkommen gegen Biopiraterie ausgehandelt werden soll. In Zukunft sollen Pharmakonzerne ihre Gewinne aus der Patentierung biologischer Ressourcen mit den Staaten teilen, in denen die Ressourcen gefunden wurden. Auch beim Thema Biosprit gab es keine verbindlichen Regelungen, man einigte sich lediglich auf eine »hinsichtlich der biologischen Vielfalt nachhaltige Erzeugung und Nutzung«.

© Jungle World Verlags GmbH